

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Landesverband Schleswig-Holstein

Beschluss

des ordentlichen Landesparteitages

08.-09. Mai 2010

Der Landesparteitag hat beschlossen:

Resolution

Wirtschaftskrise in Europa: Den Euro und Europa stabilisieren – Klare Regulierung der Finanzmärkte

Angesichts der aktuellen Finanzkrise möge der Landesparteitag die folgende Resolution beschließen:

Mit großer Sorge beobachten wir die dramatische Finanzkrise an den internationalen Finanzmärkten.

Der Parteitag begrüßt die Entscheidung von Bundstag und Bundesrat zügig ein Rettungspaket zur Stabilisierung des griechischen Staatshaushalts auf den Weg zu bringen. Ohne die Rettungsaktion wäre Griechenland mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit unmittelbar bankrott gegangen und der gesamte europäische Finanzmarkt wäre direkt vom Kollaps bedroht gewesen. Die Maßnahmen waren jedoch unzureichend, die Gefahren sind bei weitem noch nicht gebannt.

Der Euro ist im zusammenwachsenden Europa ein ganz zentraler Baustein und eine Stütze der europäischen Entwicklung. Deshalb war es falsch, dass für die Eurozone keine harten Stabilitätskriterien auf den Weg gebracht wurden.

Umso notwendiger ist es, dass die Regierungschefs in Brüssel an diesem Wochenende verbindliche Rahmenbedingungen für eine nachhaltige Wirtschafts- und Finanzpolitik vereinbaren.

In diesem Sinne fordern wir die verantwortlichen Akteure in Brüssel auf,

- 1. Die Währungsunion durch eine stärkere und verbindliche wirtschaftspolitische Koordinierung zu untermauern**

- 2. Ein geordnetes Verfahren im Umgang mit Schuldenkrisen innerhalb der Währungsunion zu entwickeln, das vor allem auch die Gläubiger bei der Krisenbewältigung mit in die Verantwortung nimmt**

- 3. darauf hinzuwirken, dass durch eine strikte Regulierung der internationalen Finanzmärkte Spekulationen verhindert werden, die immer wieder Ursache und Beschleuniger von Schuldenkrisen sind**

- 4. umgehend eine Börsenumsatzsteuer einzuführen, um Spekulation effektiv einzudämmen**

- 5. einen neuen, grünen, europäischen Gesellschaftsvertrag zur Grundlage einer Neuausrichtung unseres Wirtschaftens zu machen**

Der Parteitag stellt fest,

- 1. dass es fahrlässig war, in den letzten Jahren alle Warnung von kritischen WirtschaftswissenschaftlerInnen und GlobalisierungsgegnerInnen in den Wind zu schlagen und damit den Euro und das gesamte Wirtschaftssystem den SpekulantInnen Preis zu geben**

- 2. dass es überfällig ist, das Wirtschafts- und Finanzsystem global, europäisch, aber auch in Schleswig-Holstein nachhaltig umzugestalten und an ökologischen und sozialen Maßstäben auszurichten**